

Kassel, 02.02.2011

Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung

Einführung Kassel-Pass/Sozial-Pass

Bürgereingabe nach § 20a der GO der Stadtverordnetenversammlung
- 101.16.1799 -

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Oberbrunner

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung führt einen Kassel-Pass ein; d. h. einen kostenlosen Sozial-Pass für alle Transferleistungsempfänger/-innen Kassels nach SGB II, SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz.

1. Der Berechtigungsausweis ist - wie z. B. der Berechtigungsausweis für das Diakonieticket im Schwalm-Eder-Kreis - mit der Bewilligung von den bewilligenden Stellen auszustellen. Er soll diskriminierungsfrei und unbürokratisch den Nachweis der Berechtigung dokumentieren.
2. Ein Faltblatt mit den bereits bestehenden Vergünstigungen für diese Personengruppen soll bei den Ausgabestellen bereitgestellt und als Bürgerinformation ins Netz gestellt werden.
3. Die Vergünstigungen für Städtische Schwimmbäder und alle Angebote der VHS sollten mindestens 50 % ausmachen; städtische Museen und Stadtbibliothek sollten entgeltfrei sein für diesen Personenkreis.

➤ **Änderungsantrag der SPD-Fraktion**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die folgende Bürgereingabe betr. Einführung Kassel-Pass/Sozial-Pass zur Kenntnis:

„Die Stadtverordnetenversammlung führt einen Kassel-Pass ein; d. h. einen kostenlosen Sozial-Pass für alle Transferleistungsempfänger/-innen Kassels nach SGB II, SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz.“

1. Der Berechtigungsausweis ist - wie z. B. der Berechtigungsausweis für das Diakonieticket im Schwalm-Eder-Kreis - mit der Bewilligung von den bewilligenden Stellen auszustellen. Er soll diskriminierungsfrei und unbürokratisch den Nachweis der Berechtigung dokumentieren.

2. Ein Falblatt mit den bereits bestehenden Vergünstigungen für diese Personengruppen soll bei den Ausgabestellen bereitgestellt und als Bürgerinformation ins Netz gestellt werden.
3. Die Vergünstigungen für Städtische Schwimmbäder und alle Angebote der VHS sollten mindestens 50 % ausmachen; städtische Museen und Stadtbibliothek sollten entgeltfrei sein für diesen Personenkreis.

Der Magistrat wird gebeten, vor der Sommerpause 2011 im Sozialausschuss über die weitere Entwicklung zu berichten und mögliche Wege zur Einführung eines „Kassel-Pass“ für Bezieher niedriger Einkommen darzustellen.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
 Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke
 Ablehnung: FDP
 Enthaltung: --
 den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Bürgereingabe betr. Einführung Kassel-Pass/Sozial-Pass, 101.16.1799, wird **zugestimmt**.

➤ **Durch Änderungsantrag der SPD-Fraktion geänderter Antrag der Bürgereingabe**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die folgende Bürgereingabe betr. Einführung Kassel-Pass/Sozial-Pass zur Kenntnis:

„Die Stadtverordnetenversammlung führt einen Kassel-Pass ein; d. h. einen kostenlosen Sozial-Pass für alle Transferleistungsempfänger/-innen Kassels nach SGB II, SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz.

1. Der Berechtigungsausweis ist - wie z. B. der Berechtigungsausweis für das Diakonieticket im Schwalm-Eder-Kreis - mit der Bewilligung von den bewilligenden Stellen auszustellen. Er soll diskriminierungsfrei und unbürokratisch den Nachweis der Berechtigung dokumentieren.
2. Ein Falblatt mit den bereits bestehenden Vergünstigungen für diese Personengruppen soll bei den Ausgabestellen bereitgestellt und als Bürgerinformation ins Netz gestellt werden.
3. Die Vergünstigungen für Städtische Schwimmbäder und alle Angebote der VHS sollten mindestens 50 % ausmachen; städtische Museen und Stadtbibliothek sollten entgeltfrei sein für diesen Personenkreis.

Der Magistrat wird gebeten, vor der Sommerpause 2011 im Sozialausschuss über die weitere Entwicklung zu berichten und mögliche Wege zur Einführung eines „Kassel-Pass“ für Bezieher niedriger Einkommen darzustellen.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
 Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke
 Ablehnung: FDP
 Enthaltung: --
 den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem durch Änderungsantrag geänderten Antrag der Bürgereingabe betr. Einführung Kassel-Pass/Sozial-Pass, 101.16.1799, wird **zugestimmt**.

Petra Friedrich
Vorsitzende

Nicole Schmidt
Schriftführerin